

GEDENKEN UND HANDELN – JETZT!

21. Juli

Ort: Kottbusser Tor

Zeit: 14:00

Es sprechen u. a.:

Heike Drees (DPW Berlin)

Nina Pritzens / Tibor Harrach (Drug Checking) –
Versorgungslücken schließen

Philine Edbauer (MyBrainMyChoice) –

Drogenpolitik – wir brauchen jetzt einen Wandel

n.n. (BERLUN) – *zur Situation von EU Bürger*innen*

n.n. (JES) – *Drogenpolitik, Bedarfe*

Maria Kuban (Deutsche Aidshilfe) –

Substanzanalyse in Drogenkonsumräumen

Angefragt: **Dr. Ina Czyborra**

Es musiziert: xxxxx

Fotoaktion -SICHTBAR-, Schweigeminute,
Luftballons zum Gedenken, alkoholfreie Cocktails
uvm.



Notdienst für Suchtmittelgefährdete
und -abhängige Berlin e.V.



GEDENKEN UND HANDELN – JETZT!

Für 230 verstorbene Drogengebrauchende in Berlin im Jahr 2022

Am 21. Juli, dem „Internationalen Gedenktag für verstorbene Drogengebrauchende“, setzt das Berliner Bündnis ein öffentliches Zeichen der Solidarität, der Trauer und des Protests.

Gedenken und Handeln – Jetzt!

So lautet das Motto des Berliner Gedenktages. 230 verstorbene Drogengebrauchende in Berlin und 1990 in Deutschland sind traurige Höchstwerte und eine Tragödie, die sich mitten unter uns abspielt.

Gemeinsam mit Berliner Drogenkonsument*innen, Angehörigen und Freund*innen, Mitarbeiter*innen in Aids- und Drogenhilfen wollen wir am 21. Juli in Berlin diesen Menschen gedenken und zum Handeln aufrufen.

Trotz des Ausbaus niedrigschwelliger Angebote in Berlin, verzeichnet unsere Stadt die höchste Zahl von verstorbenen Drogengebraucher*innen seit 20 Jahren.

Wir müssen handeln.

- Durch das Betäubungsmittelgesetz ist es in Drogenkonsumräumen in Berlin und bundesweit verboten illegale Substanzen auf ihre Beimengungen und Potenz zu testen. **Wir fordern die Berliner Politik auf, die Rechtsverordnung den Bedarfen der Konsument*innen anzupassen und sich für die Streichung von §10 a BtMG einzusetzen.**
- Viele hundert Drogenkonsument*innen in Berlin verfügen aufgrund fehlender Krankenversicherung über keinen Zugang zur Substitutionsbehandlung und andere Angebote. **Wir fordern die Berliner Politik daher auf, dem spanischen Vorbild zu folgen und eine bedingungslose Krankenversicherung zu installieren um Menschen unabhängig ihrer Herkunft, niedrigschwellige Zugänge zur medizinischen Versorgung, insbesondere zur Substitution zu ermöglichen.**
- Wir sehen die jahrzehntelange Kriminalisierung von Konsument*innen mit immer neuen Rekordzahlen von Strafanzeigen und nachfolgende Inhaftierungen als die Ursache für soziale Ausgrenzung und gesundheitliche Schädigungen. **Wir fordern die Politik auf, mindestens Freiheitsersatzstrafen für das Fahren ohne BVG Ticket abzuschaffen.**
- Durch eine Entkriminalisierung von Erwerb und Besitz geringer Mengen gilt es den Kreislauf der Kriminalisierung zu durchbrechen und die frühere Artikulation eines Hilfebedarfs zu unterstützen. **Wir fordern die Politik auf, eine Debatte zur Entkriminalisierung über die Substanz Cannabis hinaus zu führen.**

Wir sind nicht allein. In etwa 100 Städten und mit Beteiligung von ca. 400 Einrichtungen gedenken Mitarbeiter*innen aus Aids- und Drogenhilfen, Drogenselbsthilfegruppen, solidarische Menschen und Wohlfahrtsverbände verstorbenen Drogengebraucher*innen ihrer Stadt und Region und machen sich für eine drogenpolitische Neuorientierung stark. **Wir laden alle herzlich ein, ein sichtbares, öffentliches Zeichen zu setzen.**